

Prof. Dr. Michael Piazo (**FREIE WÄHLER**): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes will ich ausdrücken, dass ich die Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag als sehr angenehm empfinde. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen, dass das an den Bildungspolitikern liegt und dass das vielleicht bei den vorherigen Debatten, wo andere aus anderen Bereichen tätig waren, schwieriger war. Ich könnte mir aber schon vorstellen, dass man auch in anderen Feldern der Flüchtlingspolitik einen vernünftigeren Ton finden und eine vernünftige Debatte führen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das wollte ich vorwegschicken. Insofern will ich bei diesem Ton bleiben und kündige an, dass die FREIEN WÄHLER diesen Berichtsantrag, den wir für sehr vernünftig halten, unterstützen, und erkenne an – das haben wir auch im Bildungsausschuss getan –, dass auf dem Feld der Bildungspolitik einiges getan wurde. Vielleicht kann man sogar noch mehr tun; aber Bayern hat einiges getan. Ich sehe es genauso, dass es wenig Sinn hat, immer nur Vergleiche zu anderen Bundesländern oder sogar zu anderen Staaten herauszustreichen.

Abschließend will ich deutlich machen: Ich glaube, wir sind uns alle einig – das hatten wir auch vorher beim SPD-Dringlichkeitsantrag –, dass Bildung der entscheidende Schlüssel für Integration ist. Wenn wir in Bildung investieren – ich glaube, auch das ist unbestritten –, müssen wir viel weniger Geld in Sicherheit investieren; denn diejenigen Flüchtlinge, die gut gebildet sind und daher gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, lassen sich leichter integrieren. Es wird dann zu weniger Straftaten kommen. Das gilt übrigens gleichermaßen für Deutsche, Migranten und Flüchtlinge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte man deutlich machen. Deshalb sollte man möglichst viel Geld und Anstrengungen in Bildung investieren. Das nutzt dem gesamten Staat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Piazo. – Die letzte Wortmeldung kommt von Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich der Aussage anschließen, dass der Ton in unseren Bildungsdebatten, glaube ich, generell einfach gut ist. Das ist der Sache angemessen.

Wir investieren in die Integration, wir investieren in die Bildung. Das ist heute mehrfach gesagt worden. Da sind die 160 Millionen Euro, die das Hohe Haus im Dezember beschlossen hat. Wir haben ein Gesamtkonzept für schulische Angebote für Flüchtlingskinder. Ich habe es hier bereits öfter vorgestellt. Darum werde ich das jetzt nicht noch einmal tun. Zu diesem Gesamtkonzept gehört, dass wir bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche eingerichtet haben. Wir haben auch in den Rückkehrzentren in Bamberg und Manching schnell und unbürokratisch Bildungsangebote geschaffen.

Was die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Rückkehrzentren betrifft, befinden wir uns natürlich noch in einem Prozess, auch deshalb, weil in Berlin ständig neue Entscheidungen getroffen werden. Das liegt also nicht nur an der bayerischen Politik. Wir werden deswegen selbstverständlich prüfen, ob wir die Bildungsangebote in der Erstaufnahme und in den Rückführungszentren pädagogisch weiterentwickeln und anpassen müssen. Da schauen wir regelmäßig, ob das passt oder ob wir das intensivieren müssen. Beim Thema Schulpflicht sind wir gerade dabei zu prüfen, ob die gesetzlichen Regelungen, die zurzeit gelten, aufgrund der aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssen. Deswegen berichten wir gerne über unsere Überlegungen zu diesem Thema und regen eine Zustimmung zu diesem Antrag an.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. – Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9717 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9718 bis 17/9724 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Guttenberger und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen", Drucksache 17/9734, bekannt: Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 50 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.